



## Änderungsantrag

—

Fraktion DIE LINKE

### **Soziale und wirtschaftliche Folgen des Ölembargos in Ostdeutschland abfedern**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/1288**

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird ein neuer Punkt II.2. in den vorliegenden Antrag mit folgender Formulierung eingefügt:

„Sich auf Bundesebene zum sozialen Ausgleich für die Einführung einer aus dem Regelsatz der Grundsicherung ausgelagerten Strom- und Heizkostenpauschale, welche jährlich an die Entwicklung der Strom- und Heizkosten angepasst wird und sicherstellt, dass die Strom- und Heizkosten tatsächlich gedeckt werden, einzusetzen. Darüber hinaus sollen Mehrbedarfe aus gesundheitlichen Gründen (z. B. für elektrisch betriebene Hilfsmittel) oder bei einer dezentralen Warmwasserversorgung kostendeckend bemessen werden.“

Alle anderen Punkte des Antrags bleiben bestehen und reihen sich in die neue Nummerierung ein.

### **Begründung**

erfolgt mündlich.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitzende